

SCHWEIGEMINUTE FÜR SUSANNA

Schäuble maßregelt AfD

AKTUALISIERT AM 14.06.2018 - 11:51



Wolfgang Schäuble hat die AfD-Fraktion wegen der Schweigeminute für die ermordete Susanna gemäßregelt. Der Bundestagspräsident warnte davor, den Fall zu instrumentalisieren.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hat die AfD-Fraktion und den Abgeordneten Thomas Seitz wegen einer Schweige-Aktion im Fall Susanna scharf gerügt. „Ein einzelner Abgeordneter darf den Bundestag nicht durch einen eigenmächtigen Aufruf zu einer Schweigeminute für seine Zwecke vereinnahmen“, sagte Schäuble am Donnerstag im **Bundestag**. Er ermahnte eindringlich dazu, demokratische Regeln einzuhalten und keinen Hass zu schüren.



Seitz hatte am vergangenen Freitag bei einem Auftritt im Parlament gesagt, er widme seine Redezeit der getöteten Susanna. Das 14 Jahre alte Mädchen war vor einigen Tagen tot in Wiesbaden aufgefunden worden. Tatverdächtig in dem Fall ist ein Flüchtling. Seitz hatte mit Verweis auf Susanna demonstrativ geschwiegen – gemeinsam mit den Abgeordneten seiner Fraktion, die sich zum Teil von ihren Plätzen erhoben. Bundestagsvizepräsidentin **Claudia Roth** (Grüne) hatte Seitz aufgerufen, zum Thema der Debatte zu sprechen – und ihn schließlich des Rednerpultes verwiesen, als er ihrem Aufruf nicht folgte.

Schäuble beklagte, die AfD-Fraktion habe kurz darauf ein Video von der Szene in einem sozialen Netzwerk veröffentlicht und mit Kritik an Roth verknüpft. Roth sei daraufhin in zahlreichen Kommentaren, Mails und Anrufen verleumdet, beleidigt und bedroht worden – zum Teil auf eine Weise, dass er Polizeischutz für sie habe prüfen lassen.

Bundestagspräsident entscheidet über Schweigeminute

Es sei nicht zulässig, „durch demonstratives Schweigen eine Art Schweigeminute herbeizuführen“, sagte Schäuble. Die Redezeit eines Abgeordneten sei auf Wortbeiträge beschränkt. Über Schweigeminuten und Gedenkworte im Parlament entscheide der Bundestagspräsident. Mit der Würde des Parlaments sei es „nicht vereinbar, wenn auch nur der Anschein der Instrumentalisierung der Opfer von Verbrechen entsteht“.

Streit im Parlament müsse Regeln folgen. „Es gehört zu unserer Verantwortung, dass wir aus der Erfahrung unserer Geschichte lernen, wie leicht verantwortungsloser Streit zu Hass und einer Eskalation von Gewalt führen kann“, mahnte er. „Wir müssen Maß halten, um unser politisches und gesellschaftliches Klima nicht zu vergiften.“

Kritik auch an Polizeigewerkschafter

Unterdessen hat Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) den Polizeigewerkschafter Rainer Wendt für Äußerungen zum Mordfall Susanna scharf kritisiert. Die Wortwahl des Bundeschefs der Deutschen Polizeigewerkschaft scharf (DPoLG) in einem Beitrag im sozialen Netzwerk Facebook sei für einen Mann in seiner Position und einen Polizisten, der dem Rechtsstaat verpflichtet sei, „völlig verfehlt“, sagte Pistorius der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom Donnerstag.

MEHR ZUM THEMA



Wendt hatte sich in seinem Beitrag vom 7. Juni unter anderem verächtlich über Gerichtsverfahren gegen den Verdächtigen und andere Täter geäußert. Er schrieb: „Will ich wirklich erleben, wie Gutachter und Anwälte relativieren, verharmlosen und zu erklären versuchen, was nicht erklärbar ist? In der Hölle sollen sie schmoren. Das will ich.“ Ferner erklärte der Gewerkschafter, er habe Furcht „wenn ich daran denke, welche Bestien da noch unterwegs sind, jederzeit bereit, zu töten, zu quälen und ihrer menschenverachtenden Brutalität freien Lauf zu lassen“. Außerdem äußerte Wendt die Befürchtung, Demokratie und Rechtsstaat könnten nicht mehr funktionieren: „Was wird aus unserer Demokratie, wenn diejenigen, die gewählt sind, den Willen derjenigen beharrlich ignorieren, die ihnen Macht übertragen haben?“

Pistorius betonte, Wendt vertrete als Gewerkschafter die Position von etwa 100.000 deutschen Polizisten. „In dieser Position darf er sich nach meinem Verständnis solche Aussagen nicht leisten.“ Das gelte erst recht in Zeiten „einer durch die Wut des rechten und rechtspopulistischen Spektrums aufgeladenen Sprache“, sagte er.

Quelle: dpa/AFP

[Hier](#) können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben.

WEITERE THEMEN



PARLAMENTSABSTIMMUNG ZU BREXIT

May kann Rebellen auf Linie bringen

Etappensieg für das Brexit-Lager: Theresa May konnte die schwierige Debatte im Unterhaus für sich entscheiden. Doch noch ist die Gefahr für die Premierministerin nicht ausgestanden.



BREXIT-DEBATTE KOCHT ÜBER

Eklat im britischen Parlament

Ausschlaggebend war der abgelehnte Vorschlag der schottischen Nationalpartei (SNP), die Brexit-Diskussion zu verlängern. Daraufhin zeigte die Fraktion eine trotzig Reaktion.



SÖDER ZU ASYLSTREIT MIT CDU

„Wir sind im Endspiel um die Glaubwürdigkeit“

Die CSU-Spitze schlägt die Kompromissignale der CDU in den Wind. Horst Seehofer droht mit einem Alleingang. In getrennten Sondersitzung der beiden Unionsparteien soll der Konflikt entschärft werden. Doch die ziehen sich.



KRITIK AN ITALIEN

Streit um Flüchtlingsschiff „Aquarius“ geht weiter

Nachdem sich Italien und Malta geweigert haben, die 629 Flüchtlinge aus Libyen aufzunehmen, werden diese nun nach Spanien gebracht. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron übte daraufhin scharfe Kritik an der neuen rechtskonservativen Regierung in Rom.

TOPMELDUNGEN

VIDEO

ASYLSTREIT IN DER UNION

Das Fass ist übergelaufen

Drei Jahre hatte die Kanzlerin Zeit, um sich von ihren falschen Flüchtlingspolitik im Herbst 2015 zu lösen. Nun will die CSU ihr keine vierzehn Tage mehr geben. Auch im Uhrwerk der Union tickt jetzt eine Bombe. Ein Kommentar.



FUßBALL-WM IM LIVETICKER

5:0 – Doppelschlag zum Abschluss

Saudi-Arabien gibt sich nicht geschlagen, doch schlussendlich sind die „Falken“ der spielerischen Qualität Russlands zu oft unterlegen. Erst trifft Dzyuba zum 3:0, Cheryshev und Zobnin machen anschließend alles klar. Verfolgen Sie das Spiel im Liveticker.

FAZ.NET-INTERVIEW

Die Cebit gibt's auch nächstes Jahr

Was wird aus der Zukunftsmesse Cebit? Die Besucherzahlen gehen zurück. Aber etwas anderes stimmt die Veranstalter zuversichtlich.

CHRISTIAN LINDNER IM INTERVIEW

„Es ist höchste Zeit für eine Wende“

Im Gespräch mit der F.A.Z. Woche fordert Christian Lindner klare Regeln für die Einwanderung. Außerdem verrät der FDP-Chef, wieso er Horst Seehofer Fortune wünscht und in „Merkel-Bashing“ ein „Zeichen der Verrohung“ sieht.

NEWSLETTER

IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Sie haben Post!

Abonnieren Sie unsere FAZ.NET-Newsletter und wir liefern die wichtigsten Nachrichten direkt in Ihre Mailbox.

Newsletter wählen

Ihre E-Mail-Adresse

ABONNIEREN

VERLAGSANGEBOT

Stellenmarkt

Folgende Karrierechancen könnten Sie interessieren:

WEITERE STELLENANGEBOTE

Fraktionsreferent/in für Steuer- und Finanzpolitik
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Redenschreiber/in
SPD-Bundestagsfraktion

Chefsekretär/in
über Kienbaum Consultants International GmbH

Diplom-Sozialpädagogen/-innen / Diplom-Sozialarbeiter/-innen / Diplom-Pädagogen/-innen
Jugendhilfe Usinger Land e.V.

SERVICES

Abo-Service	Best Ager	FAZ.NET als Startseite	Apps	Finanz-Services	Gas-Tarife	Newsletter	Immobilien-Markt
Routenplaner	Stellenmarkt	Spiele	Strom-Tarife	F.A.Z. Telefon-konferenz	Whatsapp	TV-Programm	Wetter